



MACHT DICH

STARK!

Dagmar Andree

Abt. Arbeitsbedingungen

6. März 2018

AK
Oberösterreich

Das Regierungsprogramm: ausgewählte Maßnahmen

- 1) Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter**
- 2) Mitbestimmung**
- 3) Verteilungsgerechtigkeit**
- 4) Systemänderungen**

Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter

Arbeitslosengeld

- ➔ längere zumutbare Wegzeiten
- ➔ Berufs-/ Entgeltsschutz soll gelockert werden
- ➔ mehr Sanktionen
- ➔ Zeitlich absinkende Höhe beim Arbeitslosengeld (ALG)
- ➔ Krankenstand „frisst“ ALG-Bezug
- ➔ **Geringfügige Beschäftigung neben ALG-Bezug nicht mehr möglich!**

Notstandshilfe/Mindestsicherung

➔ **derzeitige Notstandshilfe** im Anschluss an Arbeitslosengeld nach längerer Arbeitslosigkeit **wird zur**

➔ **...Mindestsicherung:**

- ist keine Versicherungsleistung
- kein Erwerb von Pensionszeiten
- Vermögensverwertung
- Haushaltseinkommen wird herangezogen



AMS-Förderungen

- ➔ „Praxisgerechte“ Kurzarbeit ohne Gewerkschaftsmitsprache
- ➔ **Weiterbildung nur im Unternehmensinteresse** – Abschaffung Fachkräftestipendium
- ➔ alles wird „evaluiert“ und „geprüft“
- ➔ Jugendangebote eingeschränkt (zB Produktionsschule)
- ➔ Blum-Bonus neu wird eingeführt
- ➔ weniger Geld für aktive Arbeitsmarkt-Politik (siehe später)

- ➔ Wiedereingliederungsteilzeit mit mehr zeitlichem Spielraum
- ➔ Anspruch auf Entgeltfortzahlung über Ende des Arbeitsverhältnisses hinaus nur dann, wenn Krankenstand vor Kündigungsausspruch mitgeteilt wurde
- ➔ Ausbau ambulante Reha

Invalidität/Berufsunfähigkeit

- ➔ „Reform“ Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension und RehaGeld
- ➔ Psychische Erkrankungen stehen unter Missbrauchsvorwurf
- ➔ Ergebnisse medizinischer Gutachten an andere Behörden
- ➔ **Einkommenschutz statt Berufsschutz** / Teilpension statt voller Pensionsanspruch

Ältere und Pension

- ⇒ Abschaffung **Aktion 20.000**
- ⇒ **Anhebung des Zugangsalters zur Altersteilzeit (55/60)**
- ⇒ „1.200 € Mindestpension“ bei 40 Beitragsjahren
- ⇒ Nur noch **maximal 2 Jahre Teilversicherungszeiten für Frühpensionierungen** (Korridor, Schwerarbeit) **anrechenbar!**
- ⇒ Zuverdienst bis zu Geringfügigkeit auch bei Bezug von Ausgleichszulage
- ⇒ Schwerarbeitsregelung „bedarfsgerecht reformieren“?!

Fazit: viel Misstrauen, wenig Chancen?

Mitbestimmung

Betriebliche Mitbestimmung

- ➔ Abschaffung Jugendvertrauensrat, BR-Wahl
Wahlrecht ab 16. LJ
- ➔ Zusammenlegung der Belegschaftsorgane nach
Schaffung eines einheitlichen AN-Begriffs
- ➔ Verlagerung auf betriebliche Ebene – statt
Kollektivverträge mehr Betriebs- od.
Einzelvereinbarungen?
- ➔ Gesetzlicher Anspruch auf Sonderzahlungen
mangels KollV

Bekämpfung Lohn- und Sozialdumping

- ➔ Änderungen bei Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping (Beibehaltung Entgeltbegriff nur in Baubranche – ansonsten Grundlohn, Änderungen bei Strafkatalog ...)
- ➔ GPLA-Prüfungen zukünftig nur mehr durch Finanzbehörde
- ➔ **Abschaffung „Kumulationsprinzip“**

AN-Schutz und Verwaltungsstrafrecht

- ➔ **Abbau von Verwaltungsstrafrecht** (zB ArbVG, AZG, ASchG) Neuregelung Beweislast (Unschuldsvermutung für AG)
- ➔ Wegfall von Melde- und Übermittlungspflichten (AZ, SVP usw.) und „bürokratischer Strukturen“
- ➔ „*Beraten* statt Strafen“ - Kontrollfunktion AI?
- ➔ Grundsatz: „Stand der Technik“ statt „Stand der Praxis“

Arbeitsrecht und Digitalisierung

- ➔ Keine bzw. kaum Überlegungen in Richtung Änderungen der Arbeitswelt, Digitalisierung im Regierungsprogramm
- ➔ Nur Prüfung neuer Unternehmer/-innen-Begriff, Prüfung Abgrenzung zwischen EPU und Arbeitnehmer/-innen wird angemerkt

Arbeitszeit

- ➔ **Ziel: Verlagerung auf Betriebsebene**
- ➔ **Generelle Ausweitung der höchstzulässigen AZ auf 12 / 60 Stunden – wie hoch wird maximale Anzahl (Sonder-)Überstunden?**
- ➔ **Sonderüberstunden (§ 7/4 AZG): Wegfall bisheriger Voraussetzungen**
- ➔ **Gleitzeit im Betrieb – höchstzulässige AZ 12 Stunden – ÜSTD-Zuschläge?**

Arbeitszeit

- ➔ Mehrmalige Übertragungsmöglichkeiten von Zeitschulden und –guthaben
- ➔ Ausnahmen von der Sonn- und Feiertagsruhe (4x jährlich ...)
- ➔ Verkürzung der Ruhezeit im Hotel- und Gastgewerbe / Tourismus, Erweiterung der Möglichkeiten für Saisonverlängerung
- ➔ Prüfung Schaffung Modell Zeitwertkonto

**Fazit: wo bleibt Ausgleich Machtungleichgewicht?
Gesundheitsschutz?**

Film: Arbeitsrechtler Risak über das schwarz-blaue

Regierungsprogramm <https://www.youtube.com/watch?v=VbiseornHvg>

Verteilungsgerechtigkeit

mehr Netto-Einkommen, aber nicht für alle

➔ Beitragsbefreiung/ -reduzierung Arbeitslosenversicherung (ALV)

- wird ausgeweitet - Gesetz beschlossen (in Kraft ab Juli 18)
- betrifft Einkommen zw. 1.381 u. 1.948 € brutto: 450.000 Beschäftigte durchschnittl. 300 € / Jahr (für viele weniger)
- Niedrigstverdienende (v.a. Teilzeit) gehen leer aus

➔ **zugleich weniger ALV-Leistungen** für Arbeitnehmer/-innen und Kürzung bei aktiver Arbeitsmarktpolitik und andererseits mehr AMS-Fördergelder für Betriebe (Lohnsubventionen...)

mehr Netto-Einkommen, aber nicht für alle

➔ „Familienbonus“

- reduzierte Lohnsteuer *bis zu* 1500 €/Jahr für Eltern mit in Ö lebenden Kindern (EU, EWR, Schweiz „indexierter“ Bonus)
- nicht jedes Kind ist gleich viel wert!
- **niedrigstverdienende Alleinerziehende** erhalten mindestens 250 € („Kindermehrbetrag“)
- **niedrigstverdienende Eltern** (die keine Lohnsteuer zahlen) von rd. 500.000 Kindern gehen leer aus

➔ **Kürzung Familienbeihilfe** für in Ö (z.B. in der Pflege) arbeitende Eltern von 130.000 im Ausland lebenden Kindern

- bereits Gesetz -> & reduzierter Familienbonus!

weniger Steuern v.a. für Unternehmen

➔ Reform der Lohn- bzw. Einkommensteuer

- vage: Senkung der Steuertarife für 2020 geplant - „Steuerstrukturreform“
- Abschaffung der „kalten Progression“ – allgemeine Inflationsanpassung der Steuerstufen stellt Geringverdienende schlechter

➔ Reform der Unternehmensbesteuerung

- weniger Gewinnsteuer für Unternehmen (Körperschaftssteuer – KöSt)
- Begünstigungen für nicht-entnommene Gewinne - egal, ob investiert wird

Begünstigungen für Unternehmen & Reiche

➔ Senkung „Lohn-Nebenkosten“ für Unternehmen

- fix scheint: DG-Beitrag Unfallversicherung von 1,3 auf 0,8 % = 500 Mio €
- nochmalige Senkung DG-Beitrag Familienlastenausgleichsfonds

➔ keine Vermögenssteuer, aber Privatvermögen wird begünstigt

- Grunderwerbssteuer: höherer Freibetrag bei Betriebsübergaben
- Entfall Gebühren bei Immobilien-Eigentumserwerb
- mehr Steuergeld für private und betriebliche Altersvorsorge, Förderung DG-Beiträge Pensionskassen -> solidarisches Pensionssystem?

- ➔ Ideologisches Ziel: Absenkung Steuerquote
 - Steuerausfall (10 – 12 Mrd. €) mit Folgen!

- ➔ Weniger Gelder für aktive Arbeitsmarkt-Politik

- ➔ Kürzung bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS)
 - Familiendeckelung 1500 € (wie OÖ, NÖ)
 - Langzeit-Arbeitslose in der BMS? -> Verlagerung von Bundes- auf Landesebene (Folgen für Finanzierung!?)

- ➔ Alles für den „Standort“? Neu in die Verfassung:
 - Bekenntnis zu „wettbewerbsfähigem Wirtschaftsstandort“
 - „Schuldenbremse“ (-> Gerechtigkeits- und Investitionsbremse!)

**Fazit: viel für Unternehmen,
wo bleibt soziale Ausgewogenheit?**

Systemänderung

Selbstverwaltung

- ➔ Maximal 5 Sozialversicherungsträger statt 21
- ➔ Selbstverwaltung ad absurdum durch zusätzliche Regierungsvertreter/-innen („Verwaltungsrat“)
- ➔ eine österreichische Krankenkasse „ÖKK“ statt Gebietskrankenkassen
- ➔ Folgen: keine regionale Entscheidung, Reserven zum Land
- ➔ Einhebung der Sozialversicherungsbeiträge statt GKK durch Finanzamt – auch AK-Umlage!

- ➔ AUVA: massive finanzielle Kürzungen - UKH!
- ➔ In Folge mit Integration von AI zu „Agentur für Unfallverhütung, Arbeitsinspektion und Arbeitsschutzberatung“
- ➔ AMS: Mitwirkung der Sozialpartner wird beschnitten, Durchgriffsrecht des Ministeriums wird erhöht

- ➔ Weisungsbefugte Generalsekretär/-innen in den Ministerien
- ➔ Neukodifizierung ASVG in einzelne „Bücher“
- ➔ Alle Gesetze vor 2000 werden in Frage gestellt!

- ➔ kein „Gold-Plating“
 - zynisch - „Vergoldung“ EU-Recht
 - Österreichische gute Standards im Arbeits-, Sozial-, Umwelt-Recht etc. sollen nicht mehr über EU-Mindeststandards hinausgehen dürfen

Sozialpartnerschaft

- ➔ Verlagerung von KollIV zu Betrieben mit gleichzeitiger Schwächung Betriebsräte/-innen
- ➔ Schwächung der Sozialpartnerschaft
- ➔ Schwächung der AK – Auftrag zur Selbstkürzung





MACHT DICH

STARK!

AK
Oberösterreich